

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

LANDTAGSFRAKTION
SACHSEN-ANHALT



**SACHSEN-ANHALT.
NEU.
DENKEN.**



SACHSEN-ANHALT. NEU. DENKEN.

Ich bin überzeugt: Wir hier in Sachsen-Anhalt können es besser. Ich möchte dazu beitragen, dass die Lebensbedingungen besser werden und alle Menschen hier bei uns **Vertrauen in die Zukunft** haben.

Sachsen-Anhalt ist ein Land mit vielen Potentialen: Wir haben eine reiche Natur und international bedeutsame Kulturschätze. Wir haben Schulen, die im nationalen Vergleich sehr gut abschneiden. Wir haben eine außerordentlich gute Hochschul- und Forschungslandschaft. Die Potentiale für die Zukunft sind da und nun müssen wir die politischen Weichen so stellen, dass aus diesen Potentialen gute Zukunftschancen für alle werden. Wir müssen die Weichen so stellen, dass alle, die Sachsen-Anhalt nach vorne bringen wollen, dabei Unterstützung erfahren. Das gilt für jede Unternehmer*in, jede Forscher*in, ebenso wie für jede* einzelne*. Das Aufstiegsversprechen durch gute Bildung ist der entscheidende Kitt der Demokratie. Ich möchte dafür einstehen, dass dieses Versprechen gilt.

5 - 7

DER POLITIKSTIL

8 - 34

DER GRÜNE KOMPASS

8 - 17

Unsere Lebensgrundlagen erhalten

18 - 23

Gute Schule vor Ort gestalten

24 - 26

Die berufliche Bildung

26 - 30

Hochschulen als Leuchttürme ausbauen

31 - 34

Noch ein Wort...

35

AUSBLICK

„Mein Lebensthema und Richtschnur meiner Politik ist Gerechtigkeit.“

Mein Lebensthema und Richtschnur meiner Politik ist Gerechtigkeit. Nachdem ich lange Jahre wissenschaftlich über das **Gerechtigkeitserleben** forschen und lehren durfte, stehe ich heute als Politikerin in der Verantwortung, mehr Gerechtigkeit hier bei uns in Sachsen-Anhalt zu schaffen. Es ist ein zutiefst menschliches Bedürfnis, Gerechtigkeit zu erfahren, sich gerecht behandelt zu fühlen. Deswegen ist für mich ein gutes demokratisches Land ein Land, in dem die Politikerinnen und Politiker nach Gerechtigkeit streben. Und zwar nach Gerechtigkeit für alle Menschen, für alle Menschen mit denen wir heute hier zusammen leben – den Armen, den gut Ausgebildeten, dem Handwerksmeister, der Arbeitslosen, den hier Verwurzelten, den Neuankömmlingen, den Männern, den Frauen, den Alten, den Jungen – ebenso wie für die zukünftigen Generationen.

Im Mittelpunkt meines politischen Handelns steht die **Generationengerechtigkeit**. Ich bin überzeugt davon, dass unsere größte politische Herausforderung die Frage ist, wie wir heute unser Land gestalten müssen, damit wir für alle Menschen ein Leben in Würde und sozialer Gerechtigkeit ermöglichen und gleichzeitig die Weichen so stellen, dass ein solches Leben auch für die Generationen möglich sein wird, die nach uns kommen. Eine solche Politik, die der Generationengerechtigkeit verpflichtet ist, verlangt einen differenzierten Blick auf das Land, wie es sich heute darstellt. Sie verlangt ein Ohr nah an den Menschen und ihren Wünschen und Bedürfnissen. Und sie verlangt eine Perspektive, die weit über das Morgen hinaus reicht.

Politik hat immer mit **Komplexität** zu tun. Wenn Politik an einer Stelle die Weichen anders stellt, ändern sich die zukünftigen Entwicklungen an vielen anderen Stellen, mitunter auch an Stellen, die die Politiker*innen zuvor gar nicht im Blick hatten. Eine Politik, die der sozialen Gerechtigkeit im Hier und Heute und der Generationengerechtigkeit mit dem Blick auf das Morgen gleichermaßen verpflichtet ist, muss mit Komplexität umgehen. Die Kernfrage lautet daher:

Wie soll Politik aussehen, damit sie diesen Anforderungen gerecht wird?



DER POLITIKSTIL

Das Streben nach bestmöglicher sozialer Gerechtigkeit für uns alle hier in Sachsen-Anhalt bei gleichzeitigem Streben, auch den nachfolgenden Generationen ein gutes Leben zu ermöglichen, erfordert den Umgang mit Komplexität und das Ertragen von Ungewissheit. Wie kann eine solche Politik gelingen?

Politik muss Mitmachen möglich machen

Ich möchte nicht Politik *für* die Menschen machen, sondern ich möchte Politik *mit* den Menschen machen. Ich möchte den Menschen zuhören, ich möchte ihre Sorgen und Wünsche verstehen, ich möchte die guten politischen Ideen mit ihnen zusammen weiterentwickeln. Politik braucht **Zeit** und Raum für das Zuhören, das Verstehen und das Erklären. Darum habe ich regelmäßig Sprechstunden, darum lade ich zum Kaffeeklatsch in meinem Viertel ein, darum besuche ich Menschen in ihren Wohnzimmern, darum bin ich viel im Land unterwegs. **Die Zeit des Zuhörens ist für mich ein unverzichtbarer Teil meines politischen Handelns!**

Ich möchte Politik auf Augenhöhe mit anderen Menschen zusammen machen. Darum bin ich fest davon überzeugt, dass wir die Rechte der Menschen in unserem Land stärken müssen. Die Information von Kindern über ihre Rechte, die selbstständige Schule, die Drittelparität in Schulen, eine Stärkung der Mitbestimmungsorgane an unseren Hochschulen, Wahlrecht für alle Bürger*innen – auch die Vierzehnjährigen und die Migrant*innen, die bereits länger bei uns leben –, transparent und auskömmlich finanzierte Kommunen mit souveränem Gestaltungsanspruch, all dies sind für mich Bausteine einer fairen Politikgestaltung. **Die Aufgabe von Landespolitik ist es nicht, alles besser zu wissen, sondern vieles zu ermöglichen.**

Politik braucht eine Fehlerkultur

Ich kann für meine Politik, die gleichermaßen der sozialen und der Generationengerechtigkeit verpflichtet ist, nicht alles voraussagen, kann nicht jede Folge des eigenen politischen Handelns vorhersehen. Ich treffe meine politischen Entscheidungen nach klaren politischen Zielen und nach bestem Wissen. Es gibt Möglichkeiten, das Wissen über die

Folgen des eigenen politischen Handelns zu verbessern. Eine Möglichkeit ist die **Simulation** der Folgen. Vor einer Entscheidung spiele ich die möglichen Folgen durch, überlege, wer in welcher Weise betroffen sein könnte und versuche, die Konsequenzen klar zu benennen. Für die finanziellen Konsequenzen einer politischen Entscheidung ist dies sogar fest vorgeschrieben. Aber selbst dies wird in der politischen Praxis in der Regel nicht getan. Ideologie, die Interessen einzelner Gruppen, der Wunsch nach politischem Handeln um jeden Preis scheinen allzu oft das politische Handeln zu bestimmen. Ich möchte eine nachhaltige Politik machen und mich der Mühe unterziehen, gemeinsam mit den Betroffenen und den Expert*innen die Folgen meiner politischen Entscheidungen sorgfältig zu durchdenken und transparent zu machen.

„Natur-, Umwelt-, Klimaschutz und beste Bildung für alle, das sind die GRÜNEN Werte, für die ich politisch streite.“

Auch der Blick zurück ist wichtig für eine bessere Politik für Sachsen-Anhalt. Ein ehrlicher Blick auf die durchgeführten politischen Maßnahmen, eine systematische **Evaluation** der Ergebnisse und des Prozesses zeigt auf, welche Maßnahmen erfolgreich waren und welche zu keiner Verbesserung der Lebensqualität und der Gerechtigkeit beigetragen haben. Ich möchte mich zusammen mit den Menschen in unserem Land über die Erfolge meiner Politik freuen können. Aber ich bin ebenso bereit einzuräumen, wo die Erfahrung mich lehrt, die politischen Weichen anders zu stellen. Ich glaube fest daran: Nur wer bereit ist, aus Fehlern zu lernen, ist bereit gute Arbeit zu leisten. **Ich mache mich stark für eine Fehlerkultur der Politik, die durch Simulation die Entscheidungsfolgen transparent macht und durch Evaluation die eigenen Fehler aufdeckt.**

Politik braucht eine klare Werteorientierung

Aber wo in der Politik anfangen, wo Schwerpunkte setzen, bei all dieser Komplexität? Die Antwort auf diese Frage finde ich in meinen politischen Grundüberzeugungen. Generationengerechtigkeit bedeutet für mich,

- für zukünftige Generationen mit einer intakten Natur und einem schonenden Umgang mit Naturgütern die Lebensgrundlagen zu erhalten und
- die jungen Menschen durch beste Bildung von der Kita über die Schule bis zur erfolgreichen Berufsausbildung oder zum Hochschulabschluss auf ein gutes Leben in Würde und sozialer Gerechtigkeit vorzubereiten.

Natur-, Umwelt-, Klimaschutz und beste Bildung für alle, das sind die BÜNDNISGRÜNEN Werte, für die ich politisch streite.





DER GRÜNE KOMPASS

UNSERE LEBENSGRUNDLAGEN ERHALTEN

Vieles hat sich im Laufe der Menschheitsgeschichte im Alltagsleben der Menschen geändert. Eines aber ist gleich geblieben: Wir Menschen leben von der Natur. Wir atmen die Luft, die uns die Erde zur Verfügung stellt. Wir trinken das Wasser, das uns die Erde zur Verfügung stellt. Wir bauen unsere Nahrung auf den Böden an, die uns die Erde zur Verfügung stellt. Luft, Wasser und Boden erhalten uns Menschen. Deswegen müssen wir sie erhalten.

Natur- und Umweltschutz ist darum Lebensschutz. Naturschutz umfasst alle Maßnahmen zum Erhalt und der Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit von Natur. Damit meine ich sowohl die einzelnen Arten als auch ihre Lebensräume. Umweltschutz bezieht die einzelnen Bereiche der Umwelt wie Luft, Wasser, Boden und Klima ein und betrachtet auch deren Wechselwirkungen. Naturschutz braucht Umweltschutz, weil wir die Arten und

Lebensräume nur sehr schwer erhalten können, wenn die Umwelt belastet ist. Für uns GRÜNE ist Naturschutz eine besondere Herzensangelegenheit, weil wir überzeugt sind, dass wir nur so unsere Lebensgrundlagen erhalten können.

Die Natur unterliegt einem komplexen Bauplan. Wir können nicht wissen, was passiert, wenn ein Element aus diesem Bauplan verschwindet oder unbedacht ein neues Element hinzugefügt wird. Darum ist für uns der Erhalt der Artenvielfalt und ihrer Lebensräume eine zentrale Aufgabe der Politik.

„Für uns ist der Erhalt der Artenvielfalt und ihrer Lebensräume eine zentrale Aufgabe der Politik.“

Es ist ein Merkmal unserer BÜNDNISGRÜNEN Politik, dass wir Verantwortung nicht auf Dritte abschieben, sondern **Verantwortung** dort übernehmen, wo wir Politik machen. Darum ist es unsere politische Aufgabe die Landesverantwortung für den Natur-, Umwelt- und Klimaschutz wahrzunehmen. Natur-, Umwelt- und Klimaschutz – das ist unser GRÜNES Anliegen. Es ist ein Gebot der globalen Gerechtigkeit hier vor Ort in Sachsen-Anhalt für eine intakte Natur, für eine lebenswerte Umwelt und für den Klimaschutz zu sorgen. Eine lebenswerte Welt fängt bei uns zuhause an. Doch welche Aufgaben haben wir in Sachsen-Anhalt?

Unser Klima schützen, um unsere Zukunft zu erhalten

Das industrielle Zeitalter hat zu massiven Umweltproblemen geführt. Eines davon hat bereits begonnen, die größte Bedrohung der Menschheit zu werden. Das ist die **Klimakatastrophe**. Durch die menschlichen Eingriffe in die Natur erwärmt sich die Erde, was zu massiven Beeinträchtigungen der Lebensräume und damit zu einem Artensterben unvergleichlichen Ausmaßes führt und führen wird. Ursache der Klimakatastrophe, die Mensch und Natur gleichermaßen bedroht, ist der zu hohe CO₂-Ausstoß. Wir müssen unseren CO₂-Ausstoß massiv verringern, um den Klimawandel zu stoppen und so unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Wir brauchen verbindliche Klimaschutzziele und Maßnahmen,

die hinsichtlich ihres CO₂-Minderungseffektes und ihrer Kosten gewichtet sind. Darum machen BÜNDNISGRÜNE eine konsequente Politik für **Erneuerbare Energien**. Mit Wind und Sonne erzeugte Energie stößt im Gegensatz zu Energie aus Kohle oder Gas – außer bei Produktion und Aufstellung der Anlagen – kein CO₂ aus. Darum brauchen wir eine konsequente Politik, die den systematischen Ausstieg aus den fossilen Energieträgern und den Ausbau der Erneuerbaren Energien systematisch voran treibt sowie alle Möglichkeiten des Energiespeicherns, des Energieeinsparens und der effizienten Energienutzung fördert. Hierzu zählt die Wärmedämmung der Häuser ebenso wie der Ausbau einer klimaneutralen Mobilität. Nur so können wir die Klimakatastrophe aufhalten.

Artensterben in Sachsen-Anhalt endlich stoppen!

Die Ziele des Schutzes der Artenvielfalt sind auf **internationaler Ebene** in der Konvention über die biologische Vielfalt niedergelegt, die mittlerweile vor mehr als 20 Jahren in Rio ausgehandelt wurde. Im Artikel 6 haben sich die Vertragsstaaten verpflichtet, nationale Umsetzungsstrategien zur Erreichung der Ziele dieser Konvention zu entwickeln. Am 7. November 2007 wurde die **nationale Strategie** zur biologischen Vielfalt von der Bundesregierung verabschiedet. Mit dieser nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt wurden erstmals Strategien entwickelt, wie die Ziele der internationalen Biodiversitätskonvention erreicht werden können. Die Strategie spannt einen Rahmen über alle Bereiche der natürlichen Umwelt bis hin zu gesellschaftsrelevanten Aspekten. Sie enthält 330 Ziele und 430 Maßnahmen. So soll sich bis zum Jahr 2020 für den größten Teil der gefährdeten Arten die Lebenssituation verbessern und der Trend des Aussterbens der Arten gestoppt und umgekehrt werden.

Durch die **landesspezifische Strategie** konnte das Artensterben in Sachsen-Anhalt nicht gestoppt werden. Ein Grund dafür ist, dass es an klaren Zielvorgaben und einem klaren Umsetzungsplan fehlt. Der von der Landesregierung vorgelegte **Aktionsplan zur Umsetzung der Strategie** zur biologischen Vielfalt enthält Maßnahmen, die nicht aufeinander abgestimmt sind. Der zur Umsetzung der Einzelmaßnahmen gesetzte Zeitrahmen bleibt vage und damit beliebig. Eine Evaluation der Maßnahmen ist so nicht möglich. Fehler können nicht erkannt werden, so dass ein rechtzeitiges Umsteuern von Maßnahmen nicht möglich ist.

Die einzige sichere Rückmeldung, die wir erhalten, ist das weitere Artensterben. Denn das Artensterben konnte weder durch die nationale Strategie noch durch die sachsen-

anhaltische Strategie gestoppt werden. Im Gegenteil: Das Aussterben von Arten schreitet auch regional ungebremst voran. Die Geschwindigkeit, mit der Arten und Lebensräume verloren gehen, ist beängstigend. Die aktuelle Rate des globalen Artensterbens übersteigt die angenommene natürliche Aussterberate um das 100- bis 1.000-fache. Sogar viele Arten, die früher häufig waren, sind nun völlig verschwunden oder nur noch in Restbeständen vorhanden: die Roten Listen werden immer länger. In der Agrarlandschaft ist der „stumme Frühling“ ohne Singvögel schon traurige Realität geworden.

Ich bin nicht bereit, sehenden Auges dabei zu stehen. Es ist höchste Zeit, dem Artensterben auch hierzulande konsequent entgegen zu wirken.

Der Aktionsplan für Sachsen-Anhalt muss dringend überarbeitet werden. Klare Zielvorgaben müssen benannt und der Handlungsbedarf muss identifiziert werden. Es müssen konkrete Projekte und Maßnahmen ergänzt und klare Zeithorizonte festgelegt werden. Maßnahmen mit Projektcharakter müssen von Daueraufgaben getrennt werden. Daueraufgaben müssen fest im Landeshaushalt verankert werden. Der Aktionsplan Artenschutz muss einen Weg aufzeigen, wie es bis 2020 gelingen kann, dem Aussterben der Arten in Sachsen-Anhalt entgegenzuwirken. In jährlichen Konferenzen muss die Landesregierung ihre Aktivitäten vorstellen und im Dialog mit allen Beteiligten neue Maßnahmen und Ziele definieren, die in dem darauf folgenden Jahresbericht Eingang finden. In diesem Jahres-



bericht wird dann erneut anhand der folgenden Fragen die Maßnahmen überprüft: Wo stehen wir? Was haben wir gemacht? Wo haben wir was erreicht? Was fehlt noch? Mit einer solchen Strategie und deren konsequenter Umsetzung könnte es uns gelingen, die bedrohten Arten in unserem Land zu schützen und so für unsere Enkel zu erhalten.

Unser besonderes Augenmerk muss dabei unseren 19 Verantwortungsarten gelten. Dabei handelt es sich um Arten, für die Sachsen-Anhalt international besondere Verantwortung hat, weil sie nur hier vorkommen oder weil ein hoher Anteil der Weltpopulation hier vorkommt, wie zum Beispiel der Rotmilan oder der stängellose Tragant.

Dies ist ein machbarer Beitrag von und für Sachsen-Anhalt. Ich möchte nicht mit dem ausgestreckten Finger auf die große Weltpolitik verweisen. Ich will in meinem Land, das umsetzen, wofür ich verantwortlich bin und mit den Möglichkeiten, die mir gegeben sind.

Ungenügender Schutz der 265 FFH-Gebiete: Nur 14 Prozent erreicht!

Der Erhalt der Artenvielfalt in Sachsen-Anhalt ist eng verbunden mit dem Schutz der Natura 2000 Gebiete. Die erfolgreiche Umsetzung des EU-Schutzgebietsnetzes Natura 2000 spielt für Erhalt und Entwicklung der biologischen Vielfalt in der gesamten Europäischen Union und damit auch in Sachsen-Anhalt eine entscheidende Rolle.

Grundlage für die Einrichtung und das Management der Natura 2000-Gebiete bilden die aus dem Jahr 1979 stammende EU-Vogelschutzrichtlinie sowie die 1992 verabschiedete Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie). Im Jahr 2004 hat die EU-Kommission für Sachsen-Anhalt 265 FFH-Gebiete in die Listen der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung aufgenommen. Die Frist für die nationalrechtliche Sicherung und die Festlegung der Erhaltungsmaßnahmen der in diesen Listen enthaltenen Gebiete lief bereits im Jahr 2010 ab!

„Ich will in meinem Land, das umsetzen, wofür ich verantwortlich bin und mit den Möglichkeiten, die mir gegeben sind.“

Doch auch im Jahr 2015 ist nicht abzusehen, bis wann diese Schutzgebiete nach nationalem Recht gesichert und Erhaltungsmaßnahmen für sie definiert sein werden. Nur in 38 der 265 FFH-Gebieten werden die Anforderungen der FFH-Richtlinie erfüllt. So wurde nur 14 Prozent der Aufgabe erledigt. Dies würde im landläufigen Notensystem ein ungenügend bedeuten. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Die übrigen 227 FFH-Gebiete müssen unverzüglich **nach nationalem Recht** gesichert werden und es müssen für jedes Gebiet unverzüglich **Maßnahmen** definiert werden, um die Populationen gefährdeter Arten zu erhalten. Die notwendigen Maßnahmen sind im oben genannten Aktionsplan Artenschutz konkret zu benennen und dann ressortübergreifend zu realisieren. Ich möchte mich dafür stark machen, dass diese Arbeit endlich in Angriff genommen und zügig abgearbeitet wird.

Im Boden liegt die Kraft – lassen wir ihm diese

Für die Artenvielfalt in Sachsen-Anhalt sind vor allem Trockenrasen und Standorte mit kleinteiliger Bewirtschaftung von Bedeutung. Diese Flächen zeichnen sich oft dadurch aus, dass sie nie einer Nutzungsintensivierung unterlagen. Sie bieten eine hohe Artenvielfalt, wie sie nur in diesen Lebensräumen anzutreffen ist. Davon gibt es viele in Sachsen-Anhalt. Die **extensive Bewirtschaftung** der Flächen ist eine Voraussetzung dafür, dass sie weiterhin die dort vorkommenden seltenen Arten und eine hohe Artenvielfalt beherbergen



können. Naturschutz heißt hier nicht, die Nutzung dieser Flächen aufgeben. Die Aufgabe der Nutzung oder eine nicht ausreichende Nutzung der Flächen würde im Gegenteil dazu führen, dass Flächen verbuschen und zuwachsen würden. Auf diese Weise ginge der typische Lebensraum der Kulturlandschaft verloren. Die Arten der Kulturlandschaft würden ihre Nischen nämlich nicht mehr finden. Mehr als 50 Prozent der heimischen Arten leben hier. Diese Arten sind auf eine naturnahe Bewirtschaftung angewiesen.

Intensiv genutzte produktive landwirtschaftliche Standorte sind hingegen ein Problem für die Artenvielfalt. Der massive Einsatz von Dünger und Pestiziden sowie der Umbruch von Grünland sorgen dafür, dass die Arten der Kulturlandschaft dort ihre Nischen nicht mehr finden. Die Arten werden weniger oder verschwinden ganz. So ist beispielsweise die Anzahl der Vögel in der Agrarlandschaft in den letzten 30 Jahren um die Hälfte gesunken. Deshalb brauchen wir auch Maßnahmen für die **intensiv genutzte Agrarlandschaft**. Der Erhalt oder die Rekonstruktion von Blühstreifen und Gewässerrandstreifen, die Einhaltung der Fruchtfolge – all dies sind Bausteine zum Schutz der Artenvielfalt in intensiv genutzten landwirtschaftlichen Standorten.

Andere Tierhaltung für gute Lebensmittel

Die Industrielle Tierhaltung ist unbestreitbar schlecht für die Tiere, die Natur und uns Menschen. Sie dient lediglich dazu, den ungebremsten Fleischhunger der Menschen zu stillen. Ohne Rücksicht auf Verluste werden Fleischberge produziert, die niemand vertilgen kann. Da geht es nicht um Ernährung der Menschen, sondern alleine um Gewinne. Wir brauchen gute Lebensmittel, die art-, umwelt-, klima- und menschengerecht hergestellt wurden. Eine Agrarwende ist unausweichlich.

Tiertransporte müssen begrenzt werden. Wir brauchen starke regionale Strukturen und keine LKWs auf der Straße, die über mehrere 1000 Kilometer unter widrigsten Bedingungen Schweine zur Schlachtbank fahren. Kurze Wege sind besser für die Tiere und für unser Klima. Die Qualzuchten müssen beendet werden. Tiere, die nur auf Leistung gezüchtet werden, entwickeln Krankheiten. Krankheiten breiten sich in den viel zu dicht besetzten Ställen schnell aus und können nicht kontrolliert werden. Die Folge: Der massenhafte Einsatz von Antibiotika in der Industriellen Tierhaltung. Mit längerer Mastdauer, Einstreu, Auslauf, Frischluft und Beschäftigungsmöglichkeiten würden nicht nur die Tierhaltungsanlagen tiergerechter sein, sondern die Gesunderhaltung der Tiere wäre gewährleistet. Die vielen Tiere, die eingesetzten Medikamente, die Exkremente der Tiere produ-



zieren Emissionen, die ganze Dörfer in Gestank hüllen und sogar gesundheitsgefährdend sein können. Der Einbau von Filteranlagen zur Verminderung von Ammoniakemissionen und Bioaerosolen in Tierhaltungsanlagen muss verpflichtend werden. Daneben müssen die Auswirkungen der Industriellen Tierhaltung auf unsere Böden verringert werden. Große Mengen an Gülle werden auf Äcker ausgebracht. Diese Mengen beinhalten deutlich zu viel Stickstoff (Nitrat) für die Böden. Sie zerstören die natürliche Bodenfauna und stellen durch ihre hohen Nitratwerte eine Gefahr für unser Grundwasser dar. Schon jetzt liegen 20 % aller Grundwasser-Messstellen in Sachsen-Anhalt oberhalb des zulässigen Grenzwertes von 50 mg/L Nitrat. Das übermäßige Ausbringen von Gülle zerstört unsere Gewässer, die Böden, die Artenvielfalt und gefährdet unsere Gesundheit.

Für mich zählt zu einer guten Landwirtschaftspolitik eine ökologische Bodenbewirtschaftung und eine Tierhaltung, mit denen es Mensch, Tier und Umwelt gut geht. Das ist Richtschnur meines politischen Handelns.

Mit der Natur leben: den Flüssen mehr Raum geben

Wir müssen wieder lernen mit der Natur zu leben, nicht gegen sie. Dies trifft in Sachsen-Anhalt in besonderem Maße auf den Hochwasserschutz zu. Auch als Folge der Klimakatastrophe wurde Sachsen-Anhalt in den letzten Jahrzehnten immer häufiger von schweren Hochwässern heimgesucht. Zukünftig wird es mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr und schwerere Hochwasserereignisse geben. Diese führen zu großem menschlichen Leid und schweren wirtschaftlichen Verlusten. Es ist eine Illusion zu meinen, dass wir uns in erster Linie durch technischen Hochwasserschutz in Form von Deichen vor den Folgen des Hochwassers schützen können. Ich möchte den Flüssen wieder mehr Raum geben.

Natürlich bedarf es DIN-gerechter Deiche zum Schutz großer Siedlungsgebiete. Gleichzeitig sind jedoch viele naturnahe Schutzmaßnahmen nötig und auch möglich. Deichrückverlegungen geben den Flüssen mehr Raum und überall dort, wo es möglich ist, müssen solche Rückhalteflächen geschaffen werden. Der Verlust von Auen als Überschwemmungsflächen liegt an der mittleren Elbe bei 80 Prozent. Die Wiederanbindung von Auen



an die Flüsse dient ebenfalls dem Hochwasserschutz. Auen halten Wasser zurück und bremsen Hochwasserwellen. Sie sind zudem Lebensraum für viele Arten und dienen so der Artenvielfalt. Hinzu kommt eine fortschreitende Versiegelung unser Böden, die das Hochwasserrisiko erhöht. Wo es geht, müssen wir Flächen entsiegeln und Maßnahmen ergreifen, damit die Böden besser Wasser aufnehmen. Klar ist auch, vor allem zum Schutz der Menschen: Baumaßnahmen in Überschwemmungsgebieten müssen der Vergangenheit angehören.

Unsere Flüsse in Sachsen-Anhalt müssen wir für uns entdecken! Es ist möglich, dass man Versäumnisse oder auch Fehler der Vergangenheit revidiert. Die Wasserqualität der Saale ist ein gutes Beispiel hierfür. Unsere Flüsse sind auch unser Lebensraum, den wir aus ganz egoistischen Gründen erhalten müssen. Für mich sind die Flüsse zudem ein touristischer Magnet. Der Elbe-Radweg beweist jedes Jahr erneut mit hohen Besucherzahlen seine Attraktivität. Die Peißnitzinsel in Halle bietet im hektischen Alltag Ruhe und Naturerleben. Die Kinder haben beim Baden in der Saale in Halle ihren Spaß an heißen Sommertagen. So sehen für mich tolle Flusslandschaften aus. Saale und Elbe haben keine Zukunft als Schiffsautobahnen.

Begeisterung für die Schätze unseres Landes

Artenschutz beginnt überall. In der Landwirtschaft und im Naturschutzgebiet ebenso wie in der Stadt oder dem heimischen Garten. Wir alle können etwas für den Erhalt der Artenvielfalt tun. Bieten der heimische Garten oder das städtische Beet genug Nahrung für unsere Bienen, Schmetterlinge und Vögel? Hier kann jede* einen Beitrag leisten. Damit jede* Lust hat einen Beitrag zu leisten und jede* versteht, dass Naturschutz zu den zentralen Aufgaben einer Landesregierung gehört, müssen wir die Menschen für den Naturschutz begeistern.

Wir müssen unser Verständnis von Naturschutz umkrempeln. Naturschutz ist nicht Kür der Landespolitik, sondern Pflichtaufgabe. Aber keine lästige – sondern eine auf allen Ebenen bereichernde, denn Naturschutz macht unser Leben reicher. Wir begeistern uns an einer intakten Natur. Wir atmen gerne saubere Luft, schwimmen in sauberen Flüssen und Seen und wandern durch eine schöne Landschaft. All das baut unsere Seele auf! Naturschutz ermöglicht diese Naturerlebnisse direkt vor unserer Haustüre. Naturschutz erhält die Welt für unsere Nachkommen, damit auch unsere Kinder und Enkel ihr Leben frei gestalten können.

GUTE BILDUNG VOR ORT GESTALTEN

Die zweite zentrale Zukunftsaufgabe der Landespolitik ist es, für alle Menschen in unserem Land beste Bildung zu gewährleisten. Das betrifft insbesondere die Kitas, die Schulen, die berufliche Bildung und die Hochschulen. An jeder Stelle müssen wir unsere Mittel so einsetzen und die politischen Weichen so stellen, dass wir alle jungen Menschen mitnehmen. Niemand soll auf der Strecke bleiben. Über Bildungserfolg dürfen nicht der soziale oder kulturelle Hintergrund der Kinder oder die schulischen und beruflichen Erfahrungen der Eltern entscheiden. Bildungserfolg darf einzig von den Möglichkeiten der jungen Menschen selbst abhängen. Leider wird bei uns viel zu früh, nämlich bereits nach der vierten Klasse, über den möglichen zukünftigen Bildungsabschluss der Heranwachsenden entschieden. Das führt dazu, dass selbst bei gleicher Leistung Kinder aus einem Akademikerhaushalt eher eine Empfehlung für das Gymnasium bekommen als Kinder aus einem Arbeiterhaushalt. Das ist ungerecht. Darum setzen wir auf die ganztägige Gemeinschaftsschule als zweite Säule neben dem Gymnasium, damit für möglichst viele junge Menschen der Bildungsweg nach oben lange offen bleibt. Darum müssen wir unsere Bildungslandschaft so umbauen, dass der einzelne junge Mensch mit all seinen Möglichkeiten und Hemmnissen im Mittelpunkt steht. **Anspruchsvoll und auf das Individuum zentriert muss unsere Bildung sein.**

Bildung baut aufeinander auf. Deswegen ist ein guter Bildungsstart so wichtig. Einmal Versäumtes nachzuholen ist ungleich schwieriger und aufwendiger als zeitnah Lücken zu schließen. Deswegen müssen die Bildungsketten so gestaltet werden, dass Phasen des Lernens und Entwickelns immer wieder in Punkte des genauen Hinsehens münden. Werden beim genauen Hinsehen Hürden oder Schwierigkeiten identifiziert, müssen sich sofort differenzierte Unterstützungsmaßnahmen anschließen, um die Bewältigung der Hürden und das Schließen der Lücken zeitnah zu Gewähr leisten. **Aufmerksam und unterstützend muss unsere Bildung sein.**

„Niemand soll auf der Strecke bleiben.“

Gute Bildung passt sich den lokalen Situationen an. Kindergruppen, Schülerschaft, Erwartungen der Lernenden und der Eltern, räumliche und bauliche Voraussetzungen, Ressourcen und Erwartungen der Gemeinde können sich von Ort zu Ort sehr unterscheiden. Lokale Bildungslandschaften bauen darauf auf, um vor Ort ein passgenaues Angebot



zu entwickeln. Sie vernetzen sich mit anderen Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit zu kommunalen Bildungslandschaften, die gemeinsam Gemeindeleben so gestalten, dass alle Heranwachsenden gute Lern- und Entwicklungsbedingungen vorfinden. Hierbei sind die lokale Kompetenz und die lokale politische Willensbildung entscheidend. Die Akteur*innen vor Ort brauchen mehr Entscheidungsbefugnis. Die zentrale Verantwortung der Landesebene liegt in der Bereitstellung ausreichender Lehrer und Lehrerinnen und in der Qualitätskontrolle. Fragen der Organisation von Bildung können in aller Regel besser vor Ort entschieden werden. **Deswegen möchte ich die lokale Kompetenz zur Gestaltung guter Bildung stärken.**

Die Kitas

Kitas sind der erste Bildungsort, den Kinder aufsuchen. Damit kommt ihnen eine ganz besondere Rolle zu. Hier werden die ersten Grundlagen für die Schul- und Berufskarriere gelegt. Wir haben hier bei uns den Ganztagsanspruch für den Besuch der Kita. Das ist und bleibt gut so! Und gut ist es, dass alle unsere Kitas ein Bildungsprogramm umsetzen. Wichtig ist es hier, die Erzieher*innen bei der Umsetzung ihrer anspruchsvollen Bildungsarbeit zu unterstützen. Vor- und Nachbereitungszeiten müssen selbstverständlich Teil der Arbeitszeit sein. Ich möchte die Kitas bei der Profilierung ihrer Arbeit stärken. Ein besonderes Augenmerk muss auf den Übergang von der Kita in die Schule gelegt werden. Bemühungen der engen Kooperation von Kita und Grundschulen brauchen Unterstützung.

Um frühzeitig Hilfen für einen guten Start in die schulische Bildung anbieten zu können, möchte ich eine verbindliche Sprachstandserhebung bei allen Vierjährigen durchführen. Über das WIE einer solchen Sprachstandserhebung muss mit allen Akteur*innen sorgsam beraten werden. Zentral scheint mir, dass bei beobachteten Defiziten in der Sprachentwicklung umgehend ein wirksames und individuelles Unterstützungsprogramm anfängt, um die Zeit bis zur Einschulung erfolgreich zur Behebung von Sprachentwicklungsdefiziten zu nutzen.

In der Kita werden die Kinder das erste Mal mit einem Abbild von Gesellschaft konfrontiert. Deswegen sprechen wir auch von Kitas als **Kinderstuben der Demokratie**. Gemäß ihrem jeweiligen Entwicklungsstand sollen die Kinder daher aktiv an der Gestaltung ihres Alltags beteiligt werden. Sie sollen lernen, gemeinsam Verantwortung für ihren Alltag zu übernehmen. Sie sollen über ihre Rechte altersgerecht aufgeklärt werden. Durch einen solchen Ansatz werden die Kinder in ihrem Selbstbewusstsein und in ihrer Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme gestärkt. Beteiligen statt Wegschauen wird für sie so früh zur selbstverständlichen Lebenshaltung. Dafür möchte ich mich stark machen.

Damit Bildung und Demokratieverziehung in der Kita gut gelingen kann, braucht es gute und ausreichend viele Erzieher und Erzieherinnen. In den nächsten Jahren wird es durch die hohe Zahl an altersbedingt ausscheidenden Erzieher*innen einen steigenden Bedarf an jungen Erzieherinnen – und sehr gerne auch Erziehern – geben. Darum ist es wichtig, sich gerade jetzt Gedanken über die Ausbildung der Erzieher*innen zu machen und die Weichen so zu stellen, dass die Ausbildung attraktiv für die besten Köpfe wird. Eckpunkte sind hierbei die Ausbildung zur Erzieher*in als dreijährige dualorientierte Erstausbildung zu gestalten und den Einstieg für Quereinsteiger*innen zu verbessern. Daneben muss auch die Zahl der Studienplätze für Frühpädagog*innen erhöht werden. Die Anerkennung von Ausbildungsanteilen der Erzieher*innenausbildung im Bachelorstudiengang Frühpädagogik setzt Anreize für erfolgreiche Karrierewege.

Die Schulen

Selbstständige Schulen

Der Kerngedanke der Selbstständigen Schulen ist die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler. Selbstständige Schulen übernehmen auf der Grundlage eines verpflichtenden Schulprogramms in Eigenverantwortung die Unterrichtsorganisation und Unterrichtsgestaltung, die Gestaltung inner- und außerschulischer Partnerschaften, die

Mittelbewirtschaftung, die Personalauswahl und Personalentwicklung und nicht zuletzt das Qualitätsmanagement. Die Schulleitung übernimmt mehr Verantwortung, um Schulentwicklungsprozesse zu initiieren und zu steuern. Den Schulen werden damit neue Möglichkeiten zur Planung und Gestaltung eröffnet. **Zentral für die Selbstständige Schule ist eine schüler*innenbezogene Mittelzuweisung.**

Selbstständige Schulen können spezifisch für die lokale Situation und das Schulprogramm eigene Bedarfe definieren und Prioritäten für die Verwendung der Haushaltsmittel festlegen. So entstehen mehr Freiräume bei der Unterrichtsgestaltung, bei der Arbeit mit schulinternen Lehrplänen, bei der Unterrichtsorganisation und bei der Bildungsgestaltung mit außerschulischen Partnerinnen und Partnern. Um ihre Eigenverantwortung wahrnehmen zu können, muss den Schulen ein umfassendes Unterstützungssystem zur Verfügung stehen. Hierzu gehört vor allem die Beratung und Fortbildung insbesondere für Lehrkräfte und Schulleitung, aber auch die Entlastung von Verwaltungsarbeit.

Stärkung der Gestaltungsmacht der Schulträger

Um ein wohnortnahes und finanzierbares Schulangebot auf hohem Niveau zu gewährleisten, wollen wir den Schulträgern – bei den Grundschulen also den Gemeinden – wieder echten Gestaltungsspielraum bei der Entscheidung über Schulstandorte und Schulorganisation (Schul- und Klassengröße, Schulverbünde) geben. Die Schulträger erhalten damit einen größeren Spielraum, durch effektivere Ressourcensteuerung, die Errichtung von



Teilstandorten und regional ausgewogene Klassenbildung den Erhalt auch kleiner Schulen zu sichern. Auch die Frage der Einrichtung von Schuleinzugsbezirken soll lokal entschieden werden.

Hort und Schule besser verzahnen

Auf dem Weg zu Ganztagschulen mit verlässlichen Öffnungszeiten sollen Modelle der besseren Verzahnung von Schule und Hortbetreuung entwickelt werden. Gemeinsame Bildungsprogramme, gemeinsame räumliche Unterbringung und regelmäßige gemeinsame Arbeitssitzungen können Bausteine auf dem Weg zu einer besseren Verzahnung von Schule und Hort und damit auf dem Weg zu Ganztagschulen mit verlässlichen Öffnungszeiten sein.

„Eine Mindestvoraussetzung für gute Schule ist eine ausreichende Unterrichtsversorgung.“

Schulverbünde ermöglichen

Ein Schulverbund ist ein Zusammenschluss von mindestens zwei (Grund-)Schulen mit einer gemeinsamen Verwaltung, einem gemeinsamen Programm und mit einer Teilung von Arbeit und Ressourcen. Die Schulleitung, der Hausmeister oder die Sportlehrerin können z. B. mehrere kleine Standorte gemeinsam betreuen. Weiter gedacht können auch Schulverbünde unterschiedlicher Schulformen mit zukunftsweisenden Bildungsprogrammen entstehen. Dies könnten etwa Schulverbünde von mehreren Grundschulen und einer Gemeinschaftsschule sein, um so längeres gemeinsames Lernen weiter zu entwickeln. Dies könnten auch mehrere Gemeinschaftsschulen und Gymnasien sein, um gemeinsam ein profiliertes Angebot für die Sekundarstufe II zu gestalten.

Das Fundament: Die Lehrer*innenausbildung

Eine Mindestvoraussetzung für gute Schule ist eine ausreichende Unterrichtsversorgung. Bereits jetzt haben wir eine sich dramatisch zuspitzende Situation mit zunehmendem Unterrichtsausfall an unseren Schulen. Dieser Situation müssen wir dringend und zeitnah entgegensteuern. Zur Kompensation der bereits existierenden Unterversorgung an unseren Schulen und zur Ersetzung der wegen Altersgründen ausscheidenden Lehrer*innen müssen wir den nächsten 10 Jahren jährlich etwa 800 neue Lehrer*innen einstellen. Da wir so viele bisher in unserem Land gar nicht ausbilden, müssen die Ausbildungskapazitäten an den Universitäten, aber auch in der zweiten Phase der Lehramtsausbildung erhöht

werden. Und natürlich brauchen Schulen im ganzen Land, von Arendsee bis Zeitz, junge Lehrer*innen. Damit die angehenden Lehrer*innen ihre zweite Ausbildungsphase, das Referendariat, überall im Land absolvieren können, müssen Betreuungszentren für die angehenden Lehrer*innen systematisch im ganzen Land etabliert werden.

Neben der Frage der Quantität geht es aber auch um die Frage der Qualität. Wie müssen Lehrer und Lehrer*innen für die Schule der Zukunft ausgebildet werden? Ich sehe die folgenden drei Eckpunkte:

- Das Studium der angehenden Regelschullehrer*innen richtet sich nicht länger nach der Schulform, sondern nach den **didaktischen und entwicklungspsychologischen Belangen**. Es gibt dann das Studium des Primarschullehramts und das Studium für das Lehramt an der Sekundarstufe I und II. Alle Lehramtsstudiengänge dauern neun Semester.
- Im Studium des Primarschullehramts wird neben den drei Fächern ein **Förderschwerpunkt** studiert. Im Studium für das Lehramt an der Sekundarstufe I und II kann wahlweise eines der beiden Fächer durch das Studium eines Förderschwerpunkts ersetzt werden. Ein eigenständiges Förderschulstudium wird nicht mehr angeboten.
- In allen Studiengängen wird den schulpraktischen Anteilen sowie der **Didaktik der Binnendifferenzierung** ein besonderer Stellenwert eingeräumt.



DIE BERUFLICHE BILDUNG

Rein rechnerisch kommt auf eine* Ausbildungssuchende* in Sachsen-Anhalt derzeit etwa eine Lehrstelle. Fast 30 Prozent der Ausbildungsplätze bleiben dennoch unbesetzt, Tendenz steigend. Jeder dritte Ausbildungsvertrag wird aufgelöst und erschwert damit die Ausbildung für die Betriebe in Sachsen-Anhalt und belastet das Leben der jungen Menschen. Neben dieser hohen Abbrecher*innenquote liegt auch der Anteil derer, die ihre Abschlussprüfung nicht schaffen, in Sachsen-Anhalt besorgniserregend hoch. Im Handwerk beispielsweise fällt jede* Vierte durch die Gesell*innenprüfung. Zusammengefasst bedeutet dies, dass durchschnittlich in Sachsen-Anhalt nur knapp über ein Drittel eines Ausbildungsjahrgangs im ersten Anlauf letztlich zu Gesellinnen und Gesellen gekürt wird. Trotz eines statistisch ausgeglichenen Ausbildungsmarktes sind etwa 9.000 junge Menschen ohne Ausbildungsplatz, obwohl sie gerne eine Ausbildung machen würden. Statt mehr oder weniger erfolgreicher Programme des Übergangssystems möchte ich echte berufliche Teilhabe für die jungen Menschen erreichen. Das geht am Besten mit einer regulären betrieblichen Ausbildung.

Ausbildungsplatzgarantie als Ausdruck sozialer Gerechtigkeit

Wir dürfen keinen jungen Menschen beim Start ins Berufsleben außen vor lassen. Wer eine Ausbildung machen will, dem muss dies ermöglicht werden. Zur Stärkung der sozialen Gerechtigkeit möchte ich daher eine Ausbildungsplatzgarantie vereinbaren. Eine Ausbildungsplatzgarantie stellt klar: Ausbildung ist das Recht eines und einer Jeden, unabhängig von demografischen und volkswirtschaftlichen Begründungszusammenhängen. Diese Ausbildungsplatzgarantie schließt ausdrücklich junge Geflüchtete und Jugendliche mit Migrationshintergrund ein. Der diskriminierungsfreie Zugang zum Ausbildungsmarkt ist ein Baustein für eine gelingende Ankommenskultur. Ich möchte offensiv dafür werben, dass Unternehmen und Betriebe sich dieser Gruppe gegenüber öffnen. Eine stärkere Vernetzung der Ausländerbehörden, der Migrant*innenselbstorganisationen und der Kammern kann hierfür sorgen.

Begleitung in der Ausbildung: Zusammen geht es besser

Es gibt Gruppen von jungen Menschen, für die eine normale Ausbildung nur schwer zu absolvieren ist. Sei es aus zeitlichen Gründen für junge alleinerziehende Elternteile oder sei es auf Grund von Handicaps oder Lernschwächen. Gerade auch für junge Geflüchtete

und Jugendliche mit Migrationshintergrund können der Einstieg und die Absolvierung einer beruflichen Ausbildung hohe Hürden bereithalten. Ich will allen jungen Menschen eine erfolgreiche berufliche Ausbildung durch individuelle sozialpädagogische Ausbildungsbegleitung und Ausbildungscoaches ermöglichen.

Durch eine **sozial-pädagogische Ausbildungsbegleitung** wird eine reguläre betriebliche Berufsausbildung auf dem allgemeinen Ausbildungsmarkt mit einem umfassenden Unterstützungsangebot flankiert. Auch flexiblere Formen der Ausbildung, wie etwa eine Teilzeitausbildung für junge Eltern, können in diesem Rahmen ebenso erfolgen wie die Unterstützung von Jugendlichen in geschlechtsuntypischen Berufen. Gemeinsames Ziel der begleiteten Ausbildung ist die Beseitigung sozialer Benachteiligung und die Unterstützung der jungen Menschen bei der Schaffung stabiler Lebensverhältnisse. Mit Aufnahme und Absolvierung einer Ausbildung sind unsere jungen Menschen auf einem guten Weg, dies zu erreichen.

Aber auch Auszubildende ohne persönliche Begleitung müssen bei Problemen eineN Ansprechpartner*in jenseits des Ausbildungsbetriebes haben. Untersuchungen zu den Gründen eines Ausbildungsabbruchs verweisen oftmals auf Konflikte des Auszubildenden mit dem Ausbildungsbetrieb. **Ausbildungscoaches** als Konfliktschlichter*in braucht es hier als gebündeltes flächendeckendes Angebot.



Wissen wohin: Berufsorientierung ausbauen

Die Aufgabe eines berufsorientierenden Unterrichts ist es, Schülerinnen und Schüler in einem umfassenden Sinn zur Arbeits- und Berufswahl zu befähigen, Handlungsoptionen zu verdeutlichen und ihre Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit zu steigern. Eine zentrale Voraussetzung, um sich für den richtigen, den individuell passenden Beruf zu entscheiden, ist das Wissen darüber, was in einem Beruf zu tun ist und welche Anforderungen in diesem Beruf gestellt werden. Nur wenn junge Menschen über dieses Wissen verfügen und eigene Stärken und Schwächen kennen, kann es zu einer individuell passgenauen Entscheidung kommen. Eine solche passgenaue Entscheidung minimiert die Gefahr eines Ausbildungsabbruchs. Die Stärkung einer wirklich individuellen Berufswahl, die auf einem umfassenden Wissen um die Berufsmöglichkeiten basiert, hilft auch die bisher stark geschlechtsbezogene und eingeengte Berufswahl zu überwinden. In einer frühzeitigen und umfassenden schulischen Berufsorientierung ab der fünften Klasse in allen Schulformen sehen wir einen nachhaltigen Ansatz, junge Menschen bei einer erfolgreichen Absolvierung der Ausbildung zu unterstützen. In den Gymnasien muss die Berufsorientierung gleichberechtigt neben der Studienorientierung erfolgen.

HOCHSCHULEN ALS LEUCHTTÜRME AUSBAUEN

Sachsen-Anhalt verfügt über ein gut ausgebautes und konkurrenzfähiges Hochschulnetz. Zwei Universitäten und vier angewandte Hochschulen in Merseburg, dem Harz, Magdeburg/Stendal und Bernburg/Köthen sowie die renommierte Kunsthochschule Burg in Halle bieten beste Voraussetzungen für die akademische Ausbildung und die Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft im ganzen Land. Fünfzehn außeruniversitäre Forschungsinstitute sind der beste Nachweis für die international konkurrenzfähigen Forschungsleistungen bei uns im Land. Für eine gute zukünftige Entwicklung brauchen die Hochschulen eine verlässliche Landespolitik an ihrer Seite.

Geld in alle Formen von Bildung zu investieren, ist eine der besten Zukunftsinvestitionen, die wir tätigen können. Deswegen brauchen die Hochschulen statt verstörender Kürzungsdebatten **eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung**. Wir wollen, dass die Hochschulen auch zukünftig gut ausgebildete junge Menschen nach Sachsen-Anhalt zum Studium holen. Das stärkt zunächst einmal die regionale Wirtschaftskraft. Einige der jungen Menschen, die zu uns zum Studium kommen, bleiben am Ende auch hier bei uns, um mit uns gemeinsam Zukunft zu gestalten. Das ist ein wichtiger Baustein, um die

schwierigen Folgen der demografischen Wende abzumildern. Ich will durch politische Verlässlichkeit die Hochschulen als internationale Leuchttürme stärken, die renommierte Forscherinnen und Forscher zu uns nach Sachsen-Anhalt holen. Das stärkt unsere Forschungslandschaft und damit unsere zukünftige wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit.

„Für eine gute zukünftige Entwicklung brauchen die Hochschulen eine verlässliche Landespolitik an ihrer Seite.“

Aber natürlich kann und muss auch Gutes besser werden. Die Hochschulen müssen sich im Rahmen der Freiheit von Forschung, Lehre und Selbstorganisation **profilieren, weiterentwickeln und mit anderen regionalen Akteuren vernetzen**. Aufgabe der Landespolitik kann das Anstoßen kritischer Diskussion und das Setzen von Anreizen sein, die eigenen Strukturen immer wieder zu hinterfragen. Regelmäßige Selbstevaluation sollte zum Selbstverständnis jeder Hochschule gehören und in deren Leitbild verankert sein.



Die Beschäftigungssituation des sogenannten wissenschaftlichen Mittelbaus ist zunehmend prekär. Eine ausreichende Finanzierung der Hochschulen muss mit einer Selbstverpflichtung einhergehen, **Vertragslaufzeiten für den wissenschaftlichen Mittelbau** an die Laufzeit der bewilligten Mittel zu binden. Qualifikationsstellen müssen eine angemessene Mindestlaufzeit umfassen. Dies sind für die Promotion grundsätzlich drei Jahre und für die Erstellung einer Habilitation oder habilitationsadäquater Leistungen grundsätzlich sechs Jahre. **Daueraufgaben** an Hochschulen wie etwa die Betreuung von Laboren, großer Längsschnittkohorten oder die Durchführung grundständiger Sprachübungen sind grundsätzlich von Dauerstelleninhaber*innen zu erledigen. Mit einer fortschrittlichen Gesetzgebung muss die Landespolitik den Universitäten die Möglichkeit geben, jungen Nachwuchswissenschaftler*innen verlässliche Karrierewege zu eröffnen, wie dies international üblich ist. Bei sogenannten **Tenure-Track-Positionen** werden Nachwuchswissenschaftler*innen zeitlich befristet auf eine Professur berufen, um ihre Befähigung zur eigenständigen wissenschaftlichen Arbeit zu beweisen. Bei exzellenten Leistungen wird ihre Stelle dann in eine unbefristete Professur umgewandelt. So weiß der Nachwuchs, dass er bei Exzellenz Karriere an derselben Universität machen kann und nicht, wie bisher zwingend vorgeschrieben, an eine andere Universität wechseln muss. Dies befördert auch die bessere Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Karriere und Familie. Ich möchte den Universitäten gerne dieses Mittel an die Hand geben, um sie im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe zu stärken.

„Geld in alle Formen von Bildung zu investieren, ist eine der besten Zukunftsinvestitionen, die wir tätigen können.“

Eine wichtige Aufgabe der Hochschulen ist ihre Vernetzung mit der regionalen Wirtschaft in Rahmen gemeinsamer Forschungsaktivitäten, um die hiesigen häufig sehr kleinen Unternehmen bei ihren Innovationsbemühungen zu unterstützen. Ich freue mich, dass sich unsere Hochschulen auf unsere GRÜNE Anregung hin verbindliche Regeln für die **Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft** gegeben haben, um so mehr Transparenz herzustellen und Missbrauch vorzubeugen.



Ich wünsche mir Hochschulen, die sich als **inklusive Bildungsorte** verstehen. Dies ist bis heute leider noch nicht der Fall. Da ist jede Kita und jede Schule weiter. Dabei stehen Hochschulen vor vielfältigen Inklusionsanforderungen. Die intellektuelle Leistungsfähigkeit ist komplett unabhängig von motorischen oder Sinnesbeeinträchtigungen. An international orientierten Hochschulen begegnen sich Student*innen und Forscher*innen aus aller Welt mit ihren je unterschiedlichen kulturellen Hintergründen und Gewohnheiten. Der europäische Qualifikationsrahmen ruft uns dazu auf, unser Bildungssystem durchlässiger zu gestalten. Bisher sind aber an unseren Hochschulen nicht nur Abiturient*innen aus Arbeiterfamilien Mangelware. Ausnahmerecheinung sind auch junge Menschen, die ihren Zugang zur Hochschule über eine berufliche Ausbildung erworben haben. Ich möchte dazu beitragen, dass unsere Hochschulen Orte werden, an denen sich Menschen aus aller Welt, Menschen mit Behinderungen und Menschen aus nicht-akademischen Milieus willkommen fühlen und gute Unterstützungsbedingungen für Lernen, Lehren und Forschen finden.

Der Hochschulbereich gehört leider zu den Bereichen, in denen **Gleichstellung** in der Regel noch in weiter Ferne liegt. Sind es in Sachsen-Anhalt beim Studienabschluss sogar 54 % Frauen, promovieren mit 44 % deutlich weniger Frauen als Männer. Beim Abschluss einer Habilitation sind es gar nur 19 % Frauen. Bei den C4/W3-Professuren entfallen schließlich nur noch 9 % auf Frauen. Das Bild stellt sich natürlich je nach Fachrichtung unterschiedlich dar. Aber die Tendenz ist sehr klar.

In den nächsten zehn Jahren werden etwa 50 Prozent der Professuren in unserem Land neu besetzt. Darum ist es wichtig, jetzt die politischen Weichen für mehr Gleichstellung an unseren Hochschulen zu stellen. In einem Fach, in dem unter den Studierenden nur 20 Prozent Frauen sind, macht es natürlich keinen Sinn bei der Besetzung von Professuren einen Frauenanteil von 50 Prozent zu fordern. Darum gibt es das Modell der **Kaskadenquoten**. Da geht es darum, immer gemessen an der darunterliegenden Karrierestufe Gleichstellung anzustreben, bis endgültige Gleichstellung erreicht ist. In den Zielvereinbarungen wurden die Hochschulen auf die Einhaltung dieser Kaskadenquoten verpflichtet. Die Landespolitik ist hier gefordert, die Einhaltung dieser Verpflichtung zu beobachten und ihr mit angemessenen Anreizen auf die Sprünge zu helfen. Auch weitere Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung, wie zum Beispiel Mentoringprogramme oder Maßnahmen zur Förderung der besseren Vereinbarung von Wissenschaftskarriere und Familie, wie etwa Schnupperverträge während der Elternzeit ohne Anrechnung auf die Vertragslaufzeiten, sollten von der Landespolitik unterstützt werden.

NOCH EIN WORT...

... zur Ankommenskultur

Wir werden weniger werden. Darum ist jeder Mensch, der zu uns kommt, um hier mit uns gemeinsam Zukunft zu gestalten, ein Geschenk für Sachsen-Anhalt. Und das betrifft alle, die zu uns kommen: die Studenten und Studentinnen, die kommen um hier zu studieren, die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die an unsere exzellenten Forschungseinrichtungen kommen, um hier zu arbeiten, und die Menschen, die vor Bürgerkriegen, Elend und Verfolgung zu uns fliehen, um sich hier eine neue Zukunft aufzubauen.

Wir leben in einer Zeit der größten Völkerwanderungen. Wir stehen in Sachsen-Anhalt vor der größten gesellschaftliche Herausforderung seit der friedlichen Revolution. Immer mehr Menschen beenden ihre Flucht in Sachsen-Anhalt. Nachdem Jahrzehnte Menschen unser Land verlassen haben, erleben wir erstmals Zuwanderung in Größenordnung. Wir wissen im Moment nicht, wie viele es jährlich sein werden und wie lange diese Zuwanderung anhält. Zurzeit gehen wir davon aus, dass mehr als 30.000 Menschen im Jahr in unser Zwei-Millionen-Land kommen, jede* dritte davon minderjährig. Wir wollen diese Menschen schnell in unsere Gesellschaft integrieren. Ein schneller Übergang von der Zentralen Anlaufstelle in eine dezentrale Unterbringung vor Ort, zügige Anerkennung



der im Ausland erworbenen Berufsabschlüsse, Deutschunterricht vom ersten Tage an für Kinder und Erwachsene, eine gute soziale Betreuung sowie eine Gesundheitskarte für die notwendige medizinische Betreuung und eine rasche Integration der jungen Asylsuchenden in unsere Bildungssysteme sind notwendige Eckpunkte einer gelingenden Integration.

Ich halte es für zentral, dass wir uns auf die Bewältigung dieser Herausforderungen konzentrieren und die Vorteile für unser Land betonen. Pseudodebatten über Obergrenzen, Einschränkungen des Familiennachzugs, Aufweichung des Mindestlohns u.v.m. verstellen den Blick für die Realitäten und wecken Ängste bei den Menschen, statt die Ängste durch Fakten auszuräumen. Nationalsozialistischer Geschichtsverfälschung, rassistischer Hetze und Gewalt gegen Flüchtlinge werde ich immer entschieden entgegen treten.

... zu den Jobs

Erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist möglich und sie ist dringend notwendig, denn wir brauchen einen Neustart. In den letzten vier Jahren hat Sachsen-Anhalt nicht aufgeholt. Seit vier Jahren wird die Kluft beim Wirtschaftswachstum (BIP) zwischen Sachsen-Anhalt und den anderen ostdeutschen Ländern größer. Bei Bruttolöhnen und Kaufkraft verharren wir in der Schlussgruppe. Die Abnahme der Arbeitslosenquote geht fast ausschließlich darauf zurück, dass mehr Menschen aus dem Erwerbsleben ausscheiden als neu eintreten. Besonders bedrückend ist die hohe und konstante Jugendarbeitslosigkeit. Was ist zu tun?

Der wichtigste Rohstoff unseres Landes sind die Köpfe der Menschen. Darum ist gute Bildung der wichtigste Baustein für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Auch deswegen gehört für mich eine gute Bildungspolitik zu den wichtigsten Verantwortungsbereichen einer Landesregierung.

Fremdenfeindlichkeit schwächt den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt. Rechtsradikale Aufmärsche und Gewalttaten führen zu Zweifeln bei den zuzugswilligen Menschen, ob sie hier bei uns tatsächlich willkommen sind. Das betrifft Student*innen und Forscher*innen ebenso wie auswärtige Teammitglieder unserer Wirtschaftsunternehmen. Daher brauchen wir eine Ankommenskultur, die ihren Namen verdient. Mit Weltoffenheit werden wir an wirtschaftlicher Stärke gewinnen.

Wir müssen in Sachsen-Anhalt auf unsere eigenen Stärken setzen. Dazu braucht es Forschung, Innovation und neue Märkte. Darum sind unsere Hochschulen unsere Innovationsmotoren, die gute politische Rahmenbedingungen brauchen. Wir müssen ein Start-Up-Klima schaffen, in dem kluge Köpfe und verrückte Ideen willkommen sind. Wer innovative Ideen hat, muss bei der Firmengründung auf tatkräftig Unterstützung durch das Land rechnen können. Transparenz und eine unabhängige wissenschaftsfundierte Entscheidungsfindung sind bei der Vergabe von Wagniskapital unerlässlich. Schließlich muss die Landesregierung besonders die kleinen und mittleren Unternehmen dabei unterstützen, neue, auch internationale Märkte zu erschließen.

Und bei allem, was wir tun, dürfen wir nicht vergessen, dass Wirtschaft sowie Umwelt- und Klimaschutz zusammen gehören. Wer sich rechtzeitig auf die sich wandelnden Ansprüche der Verbraucher und Verbraucherinnen einstellt, auf Erneuerbare Energien, effiziente Wertstoffkreisläufe und konsequenten Umweltschutz setzt, braucht den globalen Wettbewerb nicht zu scheuen.

BÜNDNISGRÜNE Politik stärkt die Wirtschaft.



... zum Geld

In unserer Haushaltspolitik müssen wir unseren Schwerpunkt unter den gegebenen Rahmenbedingungen auf die Zukunftsinvestitionen legen. Gleichzeitig wollen wir keine neuen Schulden aufnehmen. Schuldentilgung halten wir nur im Rahmen eines Altschuldentilgungsfonds für nachhaltig, Rücklagen in die Steuerschwankungsreserve halten wir nur aus echten Überschüssen für sinnvoll.

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung muss es daher einen Vorrang für Zukunftsinvestitionen geben. Das bedeutet erstens den Erhalt – und nur wo absolut notwendig Ausbau – der Infrastruktur, zweitens die Stärkung der Bildung von der Kita bis zu Hochschule und beruflichen Bildung sowie drittens Investitionen in den Klima- und Naturschutz. Zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung des Landes braucht es darüber hinaus auch starke Kommunen. Eine nachhaltige Finanzpolitik muss deshalb auch die Stärkung und langfristige Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen einbeziehen. Für eine solche Haushaltspolitik der Generationengerechtigkeit setze ich mich ein.



AUSBLICK

In 20 Jahren werden die Menschen begeistert in Sachsen-Anhalt leben, weil hier alle Menschen mit bester Bildung zuversichtlich auf ihre familiäre Lebenssituation und in die Zukunft schauen, weil sie stolz auf ihr weltoffenes Land sind, in dem sie mit vielen Neuankömmlingen gemeinsam das soziale Zusammenleben und die wirtschaftliche Zukunft erfolgreich gestalten, und weil sie sich an der intakten Natur und der reichen Kultur erfreuen. Das ist meine politische Vision. Dafür setze ich meine Kraft, meine Kreativität, mein Engagement und meine Entschlossenheit ein. Wir können alle gemeinsam unser Sachsen-Anhalt so gestalten, dass wir alle mit Vertrauen in die Zukunft schauen können.

FÜR SIE IM LANDTAG



Prof. Dr. Claudia Dalbert, Fraktionsvorsitzende

Telefon: 0391 560 4004

Fax: 0391 560 4006

Mail: claudia.dalbert@gruene.lt.sachsen-anhalt.de

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9
39104 Magdeburg



www.gruene-fraktion-sachsen-anhalt.de
fraktion@gruene.lt.sachsen-anhalt.de
www.facebook.com/GrueneFraktionLSA
www.youtube.com/user/GrueneFraktionLSA
www.flickr.com/photos/GrueneFraktionLSA

Newsletter abonnieren:

www.gruenlink.de/rs1

Verantwortliche (V.i.S.d.P.): Jenny Preller

Fotonachweise: S. 7: pixabay.com, S. 21: Jürgen Bode, S. 23: Mario Mende, S. 33: Julian Rokitta / pixelio.de

Diese Veröffentlichung dient der Information über unsere parlamentarischen Initiativen.
Sie darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.